

L10

16. Abteilung**Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Geflüchteten Zugang zum Arbeitsmarkt verschaffen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen!**

- 1 Der Berliner Senat wird ersucht,
- 2 • zu berichten, welche Maßnahmen ge-
- 3 getroffen und welche Kapazitäten und
- 4 Beratungsstrukturen in Berlin ausge-
- 5 baut wurden, um die stark angestiege-
- 6 ne Zahl von Geflüchteten insbesondere,
- 7 aber nicht nur aus der Ukraine zu be-
- 8 raten und in den Arbeitsmarkt zu inte-
- 9 grieren.
- 10 • darzustellen, welche Anstrengungen
- 11 insbesondere bei der „Task Force Ukrai-
- 12 ne“ unternommen wurden, um eine
- 13 erste Orientierung der Geflüchteten zu
- 14 ermöglichen.
- 15 • darzustellen, ob und in welchem Um-
- 16 fang zusätzliche Kapazitäten und Be-
- 17 ratungsstrukturen von Jobcenter und
- 18 Agentur für Arbeit geschaffen wurden,
- 19 um den Zugang von Geflüchteten in
- 20 den Arbeitsmarkt zu erleichtern und bei
- 21 Bedarf aufzustocken, (z.B. mit zusätzli-
- 22 chen Beratungskapazitäten jetzt auch
- 23 in ukrainischer oder zumindest russi-
- 24 scher Sprache).
- 25 • zu prüfen, ob vorhandene Angebote
- 26 zur Förderung von Anpassungsqualifi-
- 27 zierungen auf Bundes- und Landesebe-
- 28 ne insbesondere das Stipendiumpro-
- 29 gramm der Investitions- und Förder-
- 30 bank und Mittel für den Anerkennungszu-
- 31 schuss des Bundes der Abschlüsse
- 32 bei der Zentralstelle für das ausländi-
- 33 sche Bildungswesen ausgebaut werden
- 34 müssen,
- 35 • sicherzustellen, dass kurzfristig landes-
- 36 finanzierte Sprachkurse bedarfsgerecht
- 37 aufgestockt werden.
- 38
- 39
- 40

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Die Mitglieder der SPD-Fraktion im Abgeord-
netenhaus werden aufgefordert den Senat zu
ersuchen:

- zu berichten, welche Maßnahmen ge-
- troffen und welche Kapazitäten und
- Beratungsstrukturen in Berlin ausge-
- baut wurden, um die stark angestiege-
- ne Zahl von Geflüchteten insbesondere,
- aber nicht nur aus der Ukraine zu be-
- raten und in den Arbeitsmarkt zu inte-
- grieren.
- darzustellen, welche Anstrengungen
- insbesondere bei der „Task Force Ukrai-
- ne“ unternommen wurden, um eine
- erste Orientierung der Geflüchteten zu
- ermöglichen.
- darzustellen, ob und in welchem Um-
- fang zusätzliche Kapazitäten und Be-
- ratungsstrukturen von Jobcenter und
- Agentur für Arbeit geschaffen wurden,
- um den Zugang von Geflüchteten in
- den Arbeitsmarkt zu erleichtern und bei
- Bedarf aufzustocken, (z.B. mit zusätzli-
- chen Beratungskapazitäten jetzt auch
- in ukrainischer oder zumindest russi-
- scher Sprache).
- zu prüfen, ob vorhandene Angebote
- zur Förderung von Anpassungsqualifi-
- zierungen auf Bundes- und Landesebe-
- ne insbesondere das Stipendiumpro-
- gramm der Investitions- und Förder-
- bank und Mittel für den Anerkennungszu-
- schuss des Bundes der Abschlüsse
- bei der Zentralstelle für das ausländi-
- sche Bildungswesen ausgebaut werden
- müssen,
- sicherzustellen, dass kurzfristig landes-
- finanzierte Sprachkurse bedarfsgerecht
- aufgestockt werden.

41 Begründung

42 Berlin ist eine solidarische Stadt und bie-
43 tet Geflüchteten aus Kriegsregionen Schutz
44 und Teilhabe am gesellschaftlichen und wirt-
45 schaftlichen Leben an. Aktuell suchen täg-
46 lich viele Menschen aus der Ukraine bei uns
47 Schutz, darunter vor allem Frauen mit Kin-
48 dern.

49 Dafür müssen sich begleitende Beratungs-,
50 Integrations- und Hilfsangebote der Kinder-
51 , Jugend- und Familienhilfe auf diese verän-
52 derte Situation einstellen. Aber auch aus an-
53 deren Ländern kommt weiterhin Menschen
54 nach Berlin auf der Suche nach einem siche-
55 ren, freien und selbstbestimmten Leben.

56 Viele Geflüchtete aus der Ukraine bringen be-
57 rufliche Abschlüsse oder Hochschulabschlüs-
58 se mit. Die Stadt Berlin nutzt in enger Koope-
59 ration mit der Agentur für Arbeit und dem
60 Jobcenter ergänzende Möglichkeiten, in Qua-
61 lifikation, Sprache und Integration zu inves-
62 tieren und Angebote bedarfsgerecht zu ge-
63 stalten. Wie bereits in den vergangenen Jah-
64 ren gilt es, den Zugang zu Arbeit möglichst
65 so zu gestalten, dass bestehende Qualifika-
66 tionen genutzt und ausgebaut werden kön-
67 nen. Formen von Arbeitsausbeutung müssen
68 verhindert werden und möglichst nachhalti-
69 ge und tragfähige Integrationen in Arbeit und
70 Ausbildung angestoßen werden.

71